

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 259.

Montag, den 4. November 1918.

25. Jahrg.

Die Schlacht um den Birkenbaum.

In einer genialen Vision „Am Birkenbaum“ hat Ferdinand Freiligrath das Bild des letzten Krieges gezeichnet. Die Schlacht um den Birkenbaum sollte den letzten Zusammenstoß zwischen den Sklaven aus dem Osten und den Freien aus dem Westen bringen, die hinter dem roten Banner gescharrt waren. Im Getümmel der gräßlichen Entscheidungsschlacht sollte die Knechtschaft endlich überwunden, der Sieg für die Freiheit endgültig errungen werden. Im Loben der wilden Jagd sollte der letzte Tyrann des Ostens fallen und über ihn hinweggehen die rasende Flucht der bestiegten Sklavenherden, im Nacken der Freiheit Gerichtstrompeten. Ueberritten, von Räubern zermalmt, ohne Barmherzigkeit, ohne Erbarmen: Es stirbt in Europa der letzte Monarch.

Der ungeheure Weltkrieg, der seit über mehr als vier Jahren Europa durchtobt, hat wesentlich anders ausgesehen, als ihn des Dichters Phantasie vorausgeschaut hat. Aber in dem Einen hat er recht behalten, daß diese ungeheure Erschütterung der ganzen Welt das Ende der Monarchie bedeutet. Nicht jeder Monarch fällt im Schlachtengetümmel, nicht jeder wird elend hingeschlachtet wie Nikolaius. Die meisten Herrscher werden sich in die Stille irgend einer Privatbesitzung retten können und dort ungestört ihren Lebensabend verbringen, besonders wenn sie rechtzeitig abzutreten wissen. Aber mit der Monarchie als geschichtliche Macht ist es nach diesem Weltkrieg zu Ende. Die Völker haben gesehen, welche ungeheure Anforderungen der Staat an sie stellen, welche entsetzliche Opfer er von jedem Einzelnen verlangen kann; in keinem Falle wollen sie das noch einmal auf fremdes Geheiß, um fremder Fehler willen auf sich nehmen — sie wollen unbedingte Sicherheit haben, daß, was immer geschehe, ihnen nur nach eigenem Willen und nach eigener Entschliebung zustoßen soll. Es handelt sich heute nur noch darum, in welcher Form die Monarchie abtritt, ob sie rechtzeitig allmählich abzubauen versteht oder ob sie es bis zur Katastrophe treibt.

Oesterreich-Ungarn zeigt uns lehrhafte Beispiele. Der unglückselige Kaiser Karl kann sich noch immer nicht mit dem Gedanken vertraut machen, daß es mit seiner kurzwährenden Herrschaft vorbei ist und klammert sich noch immer mit allen Mitteln an den Thron, möchte ihn, wenn es ginge, sich selbst durch Verrat und Hinterlist erhalten. Inzwischen hat sein Paladin, Graf Tisza, in Ungarn königlich zu sterben verstanden. Als jüngst im ungarischen Abgeordnetenhaus der jetzige Präsident des ungarischen Nationalrats, Graf Karolyi, die Behauptung aufstellte, der deutsche Kaiser habe das Ultimatum an Serbien verfaßt, erhob sich Graf Tisza, der unzweifelhaft den nahenden Umsturz schon kommen sah, um trotzdem seine Verantwortung ehrlich und voll auf sich zu nehmen: er habe mit den österreichischen Staatsmännern zusammen den Entschluß zu dieser Kriegsdrohung gefaßt und stehe noch heute zu dem, was er getan.

Die Antwort darauf hat Graf Tisza mit Flintenschüssen erhalten. Soldaten sind auf ihn zugetreten und haben ihm gesagt: „Sie tragen Schuld daran, daß Millionen Menschen zugrunde gegangen sind, denn Sie haben den Krieg verursacht. Die Stunde der Abrechnung hat geschlagen.“ Die letzten Worte des Grafen Tisza aber sollen gewesen sein: „Ich bin getroffen, ich sterbe, das mußte so geschehen!“

Ja, das mußte so geschehen! Dieser Graf Tisza war die Verkörperung engbegrenzter Willkürmacht, die um keinen Preis freiwillig nachgibt. Er hat schon vor dem Kriege im Abgeordnetenhaus mit dem Polizeibüttel geherrscht und widersprechende Abgeordnete mit Gewalt hinausbringen lassen. Er hat es während des Krieges gewagt, den Kriegsteilnehmern brutal das gleiche Wahlrecht zu verweigern. Er hat bewußt das große Spiel gespielt, zur Entfesselung des Weltkrieges beizutragen, um die Einheit des ungarischen Staates zu retten und hat schließlich bis zur letzten Stunde das aufrecht mannhafte Bewußtsein getragen, damit recht getan zu haben. Aber das Urteil des gequälten und bestiegten Volkes mußte anders lauten und ist jäh vollstreckt worden.

Tisza war lange Zeit für Ungarn das, was Ludendorff für Deutschland, was König Ferdinand und Radoslawoff für Bulgarien, was Enver und Talaat für die Türkei gewesen sind.

Diese haben verstanden, zur rechten Zeit abzutreten. Auch in Deutschland ist es an der Zeit, abzutreten. Auch in Deutschland ist es an der Zeit, daß die Männer aus dem

Gefichtskreis der Öffentlichkeit endgültig verschwinden, welche die Verantwortung für das ungeheure stieglose Wagnis tragen. Für das Selbstherrschertum, für die Könige von Gottesgnaden, deren Willen das einzige Gesetz sein sollte, ist die Uhr abgelaufen.

„Das ist der Knechtschaft letztes Verenden!
das ist, wie noch nie ein Würfel fiel,
aus der Könige kalten, bebenden Händen
der letzte Wurf in dem alten Spiel!“

Der Waffenstillstand an der italienischen Front abgeschlossen.

Der gestrige Wiener Heeresbericht meldet die Einstellung der Feindseligkeiten an der italienischen Front wie folgt:

Wien, 3. November. (Amtlich.)

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz stellten unsere Truppen aus Grund des abgeschlossenen Waffenstillstandes die Feindseligkeiten ein. Die Verlautbarung der Waffenstillstandsbedingungen erfolgt gelondert.

Inzwischen sind auch die Waffenstillstandsbedingungen bekannt geworden. Sie bedeuten, wie auch nicht anders zu erwarten war, die völlige Unterwerfung Oesterreich-Ungarns unter die Entente. Ueber die Waffenstillstandsbedingungen wird gemeldet:

W.B. Wien, 3. November. (Amtlich.)

Die von den Italienern gestellten Waffenstillstandsbedingungen lauten:

Zu Lande:

1. Sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zu Lande, Wasser und in der Luft.

2. Gänzliche Demobilisierung Oesterreich-Ungarns und sofortiges Zurückziehen aller Einheiten die an der Front vor der Nordsee bis zur Schweiz operieren. Auf den Gebieten Oesterreich-Ungarns wird innerhalb der unten in § 3 angeführten Grenzen als österreichisch-ungarische Wehrmacht nur ein Maximum von 20 Divisionen auf dem Friedensstand vor dem Kriege herabgesetzt aufrechterhalten. Die Hälfte des gesamten Divisions- und Korps-Artillerie-Materials, sowie die entsprechende Ausrüstung von allem, was sich auf dem vom österreichisch-ungarischen Heere zu evakuierenden Gebiete befindet, wird an den von den Alliierten zu bestimmenden Punkten verpackt werden müssen, um ihnen ausgeliefert zu werden.

3. Die Evakuierung jedes von Oesterreich-Ungarn seit Kriegsbeginn mit Waffengewalt besetzten Gebietes und Zurückziehung der österreichisch-ungarischen Kräfte innerhalb eines vom Oberkommandierenden der alliierten Kräfte an den verschiedenen Fronten zu bestimmenden Termins jenseits einer wie folgt festgesetzten Linie: Von der Uma-Brail-Stütze bis nördlich des Stiller Seees wird diese Linie den Kammen der Nördlichen Alpen verfolgen bis zu den Quellen des Etich und der Eisach, über den Röllchen- und Brenner-Berg und auf den Höhen des Döb und des Jäger-Berg überreichen und die jetzige Grenze der Karawanken Alpen erreichen. Sie wird die Grenze bis zum Tarvis-Berg verfolgen und nach dem Tarvis-Berg die Wasserscheide des Pelörder-Passes, von Boblanischen und von Idria. Von diesem Punkte ausgehend, wird die Linie in südöstlicher Richtung gegen den Sämeberg verlaufen. Das ganze Save-Becken mit Zuflüssen ausgenommen. Vom Sämeberg wird die Linie gegen die Küste heruntergehen, jedoch Cefna, Dattaglia und Belosca in dem evakuierten Gebiete inbegriffen sind. Sie wird desgleichen den jetzigen administrativen Grenzen der Provinz Dalmatien folgen, im Norden Lissatos-Strand, im Süden eine Linie einschließen, die an der Küste von Cap Blanca ausgeht und gegen Osten die höchsten Punkte der die Wasserscheide bildenden Höhen verfolgt, jedoch im evakuierten Gebiete alle Täler und Wasserläufe inbegriffen sind, die gegen Sebenico abfallen, wie die Civoja, die Korra, die Bulisnaca und ihre Zuflüsse. Sie wird auch alle im Norden und im Westen Dalmatiens gelegenen Inseln umfassen: Prebud, Solio, Ulbo, Searba, Madn, Pago und Punta Dura im Norden bis zum Süden von Meleda mit Einschluß von Jan Andra, Susi, Vissa, Rosina, Torcola, Curzola, Doga und Vagozta, sowie auch die umliegenden Cilanda und Inseln und Pelagoza, mit Ausnahme der Inseln Tirona-Grande und Piccola, Sva, Sola und Brazza. Alle geräumten Gebiete werden von den Truppen der Alliierten und der Vereinigten Staaten besetzt werden. Hierbei haben das ganze militärische Material und das Material der Eisenbahnen, die sich auf dem zu evakuierenden Gebiete befinden, an Ort und Stelle zu verbleiben. Auslieferung dieses ganzen Materials (Verjorgung an Kohlen inbegriffen) an die Alliierten und die Vereinigten Staaten erfolgt nach den von dem Oberkommandierenden der Kräfte der Verbündeten Mächte an den verschiedenen Fronten zu treffenden speziellen Weisungen.

Es darf keine neue Zerstückung oder Veränderung oder neue Requisition von den feindlichen Truppen auf dem vom Feinde zu räumenden oder von Kräften der verbündeten Mächte zu besetzenden Gebiete geschehen.

4. Die Verbündeten werden das absolute Recht haben:

a) Einer freien Bewegung für ihre Truppen auf jeder Straße oder Eisenbahn oder Wasser-

weg des Oesterreich-ungarischen Gebietes und des Gebrauches der nötigen österreichisch-ungarischen Transportmittel.

b) Mit verbündeten Kräften alle jene strategischen Punkte in Oesterreich-Ungarn für die den Alliierten nötig erscheinende Zeit zu besetzen zum Zwecke, dort zu wohnen oder die Ordnung aufrecht zu erhalten.

c) Auf Requisitionen gegen Bezahlung zugunsten der verbündeten Heere, wo immer sie sich befinden.

5. Der vollständige Abzug aller deutschen Truppen innerhalb 15 Tagen, nicht nur von der italienischen und Balkanfront, sondern vom ganzen österreichisch-ungarischen Territorium und die Internierung aller deutschen Truppen, welche Oesterreich-Ungarn in diesen Tagen nicht verlassen haben.

6. Die provisorische Verwaltung der von Oesterreich-Ungarn geräumten Gebiete wird den lokalen Behörden unter Kontrolle der Stationskommandos der verbündeten Okkupationstruppen anvertraut werden.

7. Sofortige Heimsendung, ohne Gegenleistung, aller kriegsgefangenen und internierten Unterthanen der Alliierten, auch der von ihren Wohnstätten entführten Zivilbevölkerung, nach Bedingungen, welche von den verbündeten Oberkommandanten an den verschiedenen Fronten festzusetzen sind.

8. Die im evakuierten Gebiet verbliebenen Kranken und Verwundeten müssen von österreichisch-ungarischem Personal gepflegt werden, welches samt dem hierzu nötigen ärztlichen Personal an Ort und Stelle zurückzulassen ist.

Waffenstillstands-Bedingungen zur See.

1. Sofortige Einstellung jeder Feindseligkeit zur See. Genaue Angabe des Anhaltortes und der Bewegung aller österreichisch-ungarischer Schiffe. Es wird den Neutralen bekanntgegeben werden, daß die Schifffahrt der Kriegs- und Handelsmarine der Alliierten und verbündeten Mächte auf allen territorialen Gewässern freigegeben wird, ohne daß hierdurch irgendwelche Neutralitätsfragen aufgeworfen werden.

2. Uebergabe von 15 österreichisch-ungarischen Unterseebooten, die von 1910 bis 1918 gebaut worden sind und allen deutschen Unterseebooten, die sich in den österreichisch-ungarischen Gewässern befinden oder dort hin gelangen können, an die Alliierten und Vereinigten Staaten. Vollständige Abrüstung und Demobilisierung aller anderen österreichisch-ungarischen Unterseeboote, die unter der Ueberwachung der Alliierten und der Vereinigten Staaten bleiben müssen.

3. Uebergabe von drei Schlachtschiffen, drei leichten Kreuzern, neun Torpedobootszerstörern, einem Minenleger, drei Donaumonitoren mit ihrer Bewachung, Ausrüstung und Verpflegung an die Alliierten und Vereinigten Staaten, die die Schiffe bestimmen werden. Alle anderen Oberwasserkriegsschiffe (die Zugschiffe mit einbezogen) müssen in den österreichisch-ungarischen Häfen, die die Vereinigten Staaten und die Alliierten bestimmen werden, vereinigt, demobilisiert und vollständig abgerüstet werden. Sie werden unter die Ueberwachung der Alliierten und der Vereinigten Staaten gestellt.

4. Freiheit der Schifffahrt aller Schiffe der Kriegs- und Handelsmarine der Alliierten und verbündeten Mächte in der Adria, die territorialen Gewässer einbezogen, auf der Donau und ihren Nebenflüssen innerhalb des österreichisch-ungarischen Gebietes. Die Alliierten und die verbündeten Mächte werden das Recht haben, alle Minenfelder abzuräumen und die Sperren zu zerstören, deren Lage ihnen angegeben werden muß. Um die Freiheit der Schifffahrt auf der Donau zu sichern, dürfen die Alliierten und die Vereinigten Staaten alle Befestigungs- und Verteidigungswerke entweder besetzen oder schleifen.

5. Aufrechterhaltung der Blockade seitens der Alliierten und verbündeten Mächte unter den gegenwärtigen Bedingungen. Oesterreichisch-ungarische Schiffe, die auf der Fahrt angetroffen werden, unterliegen der Akerung. Ueberüchrt bleiben die Ausnahmen, die von Seiten einer von den Alliierten und den Vereinigten Staaten eingesetzten Kommission werden zugelassen werden.

6. Vereinigung und Belassung aller Luftstreitkräfte der Marine in einem von den Alliierten und den Vereinigten Staaten bestimmten Hafen.

7. Evakuierung der ganzen Küste und aller Handelshäfen, die von Oesterreich-Ungarn innerhalb seines nationalen Gebietes besetzt sind und Ueberlassung des ganzen schwimmenden und Schiffsfahrtsmaterials, der Verpflegungsvorräte und Navigationsmittel jeder Art.

8. Besetzung aller Land- und Seebefestigungen und der zur Verteidigung von Inseln eingerichteten Insel, sowie der Werk und des Personals durch die Alliierten und die Vereinigten Staaten.

9. Rückgabe aller von Oesterreich-Ungarn den Alliierten und verbündeten Mächten weggenommenen Handelsschiffe.

10. Verbot jeder Zerstückung von Anlagen oder Material vor der Räumung, Uebergabe oder Rückgabe.

11. Rückgabe aller Gefangenen der verbündeten Mächte, sowie der Kriegs- und Handelsmarine, die sich in der Gewalt Oesterreich-Ungarns befinden, ohne Verpflichtung der Gegenleistung.

Hierzu wird bemerkt, daß die vorgenannten Waffenstillstandsbedingungen ohne Präjudiz für den späteren Frieden angenommen werden. Es wurde dabei vorausgesetzt, daß die Punkte 1a (Land), 4 (Wasser) nicht so zu verstehen sind, daß die feindliche Armee die freie Bewegung nicht zu einem Angriff auf Deutschland,

auszuheilen könne. Sollte diese Voraussetzung nicht zutreffen, so müßte dagegen Protest eingelegt werden.

Der Waffenstillstand mit der Türkei.

Bedingungslose Übergabe.

Der mit der Türkei abgeschlossene Waffenstillstand, der die Feindseligkeiten vom 31. Oktober, mittags 12 Uhr ab als beendet erklärte, stellt das osmanische Reich in denkbarem Maße unter die Militärgewalt der Alliierten. Es ist keine bloße Waffenruhe, der irgendwann neue Feindseligkeiten folgen könnten, es ist die vollkommene Kapitulation auf Gnade und Ungnade. Die Alliierten werden zu Herzen des ganzen türkischen Gebietes von Konstantinopel bis Batum, und Baku, bis Aleppo, Mossul und Yemen, einschließlich aller Bahnen und aller türkischen Gewässer, also vor allem des Schwarzen Meeres, und aus der Besetzung von Bosnien dürfte sich ergeben, daß die vereinbarte Räumung Nordwestserbiens, und der okkupierten Kaukasusgebiete, die Besetzung dieser Landesteile durch alliierte Truppen vorbereitet. Die Türkei muß alle Kriegsgefangenen bedingungslos ausliefern, die türkischen Gefangenen aber bleiben „zur weiteren Verfügung der verbündeten Mächte“. Ein besonderer Paragraph zerlegt das Bündnis jäh und ganz, das die Türkei in den letzten Jahren an die Seite Deutschlands und der anderen Vierverbandsmächte schloß: „Die Türkei verpflichtet sich, alle Beziehungen zu den Mittelmächten aufzugeben.“ Diese Verpflichtung ist im gegenwärtigen Augenblick von besonderer Bedeutung. Sie zwingt die Türkei zu Forderungen an Deutschland, die im Interesse der Kriegführung der Alliierten liegen.

Aus dem Inhalt des Waffenstillstandsvertrages teilen wir zur Ergänzung dieser Angaben folgende von Reuters gemeldete Bestimmungen wörtlich mit:

1. Öffnung der Dardanellen und des Bosporus und freier Zugang zum Schwarzen Meer, Besetzung der Forts in den Dardanellen und im Bosporus durch die verbündeten Truppen. 2. Sofortige Demobilisierung der türkischen Armee mit Ausnahme solcher Truppen, die für die Bewachung der Grenze und für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erforderlich sind. Der Effectivbestand des Heeres und seine Verteilung werden später von den Alliierten nach vorheriger Beratung mit der türkischen Regierung festgesetzt. 3. Auslieferung aller Kriegsschiffe, die sich in türkischen Gewässern oder in den von der Türkei okkupierten Gewässern befinden. Diese Schiffe sind in den von der Entente bezeichneten türkischen oder anderen Häfen zu internieren, mit Ausnahme solcher kleineren Fahrzeuge, die für den Polizeidienst und ähnliche Zwecke in den türkischen Hoheitsgewässern notwendig sind. 4. Die Alliierten erhalten das Recht, alle strategischen Punkte zu besetzen, falls eine Lage entsteht, die die Sicherheit der Alliierten bedroht. 5. Allen alliierten Schiffen stehen sämtliche Häfen und Unterplätze, die augenblicklich in türkischen Händen sind, zur freien Verfügung. Türkische Schiffe sind ein derartiger Gebrauch zu verweigern. Seehindliche Bedingungen sind auf die Demobilisierung der Armee anzuwenden. 6. Die Alliierten besetzen die Tunnel-Tunnelanlagen. 7. Die Bahnen sind unter der Kontrolle alliiertem Offizieren zu stellen, einschließlich der Teile der transanatischen Eisenbahnen, die augenblicklich unter türkischer Herrschaft sind, und die zur freien und vollständigen Verfügung der alliierten Behörden zu stellen sind, wobei den Bedürfnissen der Bevölkerung in angemessener Weise Rechnung getragen wird. Diese Bestimmungen schließen die Besetzung von Batum durch die Alliierten in sich. Die Türkei wird keinen Einspruch gegen die Besetzung von Baku durch die Alliierten erheben. 8. Auslieferung aller Garnisonen in Sedschah, Affriken, Yemen, Sarien, Mesopotamien an den nächsten alliierten Kommandanten und Zurückziehung der Truppen aus Ägypten mit Ausnahme derjenigen, die notwendig sind, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. 9. Auslieferung aller türkischen Offiziere in Tripolis und der Cyrenaika an die nächsten alliierten Garnisonen. 10. Für den Fall, daß in den sechs armenischen Vilajets Unordnungen sich zeigen, behalten die Alliierten sich das Recht vor, irgend einen Teil dieser Vilajets zu besetzen.

Ueber die Deutschen in der Türkei, deren Zahl bei der Anwesenheit von Truppenteilen als erheblich zu betrachten ist, wird in folgendem Satz des Abkommens verfügt: „Alle deutsche und österreichische Marine-, Militär- und Zivilpersonen müssen innerhalb eines Monats aus türkischen Gebieten entfernt werden. Die in entfernteren Distrikten befindlichen Personen müssen so schnell wie möglich abgeschoben werden. Wir werden annehmen haben, daß ihr Los zumeist Gefangenenshaft sein wird, da die Alliierten schnell in die Dardanellen und ins Schwarze Meer einrücken werden.“

Aus Deutsch-Oesterreich.

Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet aus Wien: Freitagabend hat hier eine große Versammlung von etwa 3000 Teilnehmern stattgefunden, die sich mit der Frage der Bildung von Selbstbestimmungsorganen beschäftigte. Es zeigte sich, daß zwei Hauptströmungen unter dem Militär bestehen. Die hauptsächlich deutsch-nationalen Offiziere sind bestrebt, die Bewegung zu leiten, daß die Erhaltung der deutsch-österreichischen Armee garantiert wird. In der Abendversammlung aber waren unter Führung von aus Galizien stammenden Soldaten hauptsächlich Elemente in der Mehrheit. Sie sprachen davon, daß die militärische Frage mit Umgehung des Staatsrats und der Nationalversammlung gelöst werden müßte.

Das Wiener k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet von Freitag: Der heutige Tag verlief im allgemeinen ruhig. Für 3 Uhr nachmittags war zum Deutschmeister-Denkmal eine Versammlung der Roten Garde einberufen. Etwa 500 Personen, Offiziere und Mannschaften mit roten Abzeichen, zuweilen aber auch mit schwarz-rot-goldenen Abzeichen nahmen an der Versammlung teil. Der Korporal Haller hielt eine Ansprache, in der er sagte, daß sich die rote Garde vorläufig dem Staatsrat unterwerfe und demgemäß die Zustimmung des Staatsrates, weil er zu wenig Sozialisten aufweise. Andere Redner, darunter auch Deutsch-nationale, polemisierten gegen den Redner. Sodann wurde zum Parlament gezogen, wo die rote Garde eine Abarbeitung zur Vorbringung ihrer Wünsche zum Staatsrat einleiten wollte. Der Zug war mittlerweile auf mehrere tausend Personen angewachsen. Vor dem Parlament hielten die einzelnen Soldaten Reden, in denen sich die verschiedensten Meinungen geltend machten. Die einzelnen Parteien garteten wiederholt hart aneinander. Als die Abordnung mit dem Korporal Haller längere Zeit im Parlamentsgebäude verblieb, waren die auf der Straße befindlichen Soldaten beunruhigt, doch erfolgte Haller schließlich, worauf die Teilnehmer abmarschierten und in Ruhe und Ordnung in ihre Quartiere abströmten.

Von anderer Seite wird berichtet:

Bei der Versammlung der Roten Garde in Wien vor dem Parlament jagt ein deutsch-nationaler Oberleutnant auf den Sprecher der Roten Garde, einen einjährig-Freiwilligen, gegen ihn zu treffen. Die Menge richtete den Oberleutnant über sich.

Neuere Meldungen aus Wien besagen:

Die Verteilung der deutsch-österreichischen Truppen in Wien hat bis jetzt ohne Störungen stattgefunden. Es macht sich aber der Eindruck, daß die sozialdemokratischen Soldaten die alliierten österreichischen Elemente wiederzuerlangen suchen. Wo in den verschiedenen Teilen der Garnisonen der für die Schaffung einer roten Garde Stimmung gemacht

wird, treiben die sozialistischen und nationalen Soldaten in der schärfsten Form dagegen auf. Entschieden dafür, ob die Ordnung aufrechterhalten werden kann; ist die Frage, ob es gelingen wird, das Zurückfluten der Frontsoldaten zu verhindern. Leider sind die Berühigungsanstrengungen, welche die alte Regierung in dieser Richtung macht, ohne Grundlage. Es ist Tatsache, daß Magyaren bei Vittorio nach einem blutigen Kampf mit bosnischen Truppen Italiens den Weg öffneten und daß nunmehr die Soldaten in dichten Massen die jüdischen Länder Krain, Istrien, Südtirol und bereit auch Kärnten durchzuziehen. Alle telegraphischen und telefonischen Verbindungen sind unterbrochen. In Automobilen kommen immerfort Flüchtlinge aus diesen Gegenden in Wien an; sie erzählen, daß insbesondere kroatische Truppen wie die Wilden haufen und alles auf ihrem Wege vernichten.

Der gestrige Wiener Sonntag stand unter dem doppelten Druck der italienischen Waffenstillstandsbedingungen und der Bedrohung der Hauptstadt durch den Anmarsch der ausländischen italienischen Kriegsgefangenen. Auch der Aufbruch des deutsch-österreichischen Staatsrates an das deutsche Reich in Oesterreich ist ängstlich gehalten und erhöht nur die Beslemmung. Als gestern die Nachricht nach Wien kam, daß Tausende von italienischen Kriegsgefangenen aus den Lagern von Siegmundshöheberg und Hardt für Sonntag in der Hauptstadt zu erwarten seien, entstand eine große Verwirrung, da tatsächlich noch keine Truppenformationen verfügbar waren und nur Offizierspatrouillen zur Aufklärung entgegengeschickt werden konnten. Der Staatsrat spricht davon, daß die freigewordenen italienischen und serbischen Kriegsgefangenen das Land überfluten.

Andrassy gegangen.

Meldung des Wiener k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureaus: Der Minister des Auswärtigen, Graf Andrassy, hat heute seinen Rücktritt an. Der Kaiser nahm ihn an. Die Leitung des Ministeriums des Auswärtigen übernimmt vorläufig der Sektionschef Freiherr von Lotow. Auch der gemeinsame Finanzminister Spikmüller reichte sein Entlassungsgesuch ein.

Vom Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie

Der am Freitag in Wien abgehaltene Parteitag nahm eine Entschiedenheit an, in der das Selbstbestimmungsrecht der anderen Nationen anerkannt und das gleiche Recht auch für das deutsche Volk geltend gemacht wird. Der Parteitag beschloß daher die Bildung freier Volksstaaten und wünscht, daß die Beziehungen zwischen den neuen Volksstaaten auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker so geregelt werden, daß alles vermieden wird, was eine schärfste Feindschaft zwischen den Nationen erzeugen und den Frieden der Völker gefährden würde. Der Parteitag fordert weiter, daß jeder Volksstaat die Gebietshoheit über sein geschlossenes Sprachgebiet habe, daß die Grenzen der neuen Staaten durch Vereinbarungen zwischen den Völkern festzusetzen sind, daß die Aufteilung der bisherigen Behörden und Aufgaben auf die Nationen und die Aufteilung des Staatsvermögens und der Staatsschuld durch Vereinbarungen zwischen den Nationen geregelt werden, sowie, daß die Rechte der nationalen Minderheiten und der Sprachinseln durch Verträge zwischen den Nationen gesichert werden. Der Parteitag begrüßt die Bildung des deutsch-österreichischen Staates und fordert, daß der Staat eine demokratische Republik werde, und daß die Verfassung des Staates durch eine konstituierende Nationalversammlung festgelegt werden soll. Der Parteitag begrüßt die Bildung des deutsch-österreichischen Staates und fordert, daß der Staat eine demokratische Republik werde, und daß die Verfassung des Staates durch eine konstituierende Nationalversammlung festgelegt werden soll. Der Parteitag begrüßt die Bildung des deutsch-österreichischen Staates und fordert, daß der Staat eine demokratische Republik werde, und daß die Verfassung des Staates durch eine konstituierende Nationalversammlung festgelegt werden soll.

Was der Krieg bringt.

Deutsche Heeresberichte.

III. Großes Hauptquartier, 2. Novbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Am 2. November ist die Lage unverändert. Bei den letzten Kämpfen zeichnete sich hier das bayerische Infanterie-Regiment Nr. 11 und das Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 13 besonders aus. Einmalig von Deinge haben wir uns weiteren feindlichen Angriffen durch Ausweichen hinter die Schelde entzogen. Die Bewegungen wurden während der Nacht vom Gegner unbemerkt durchgeführt. Nach hartem Feuer gegen die getrockneten Linien folgte der Feind und stand am Abend östlich von Deinge und westlich der Schelde in Gefechtsstellung mit unseren Vorposten. Starke Angriffe der Engländer südlich von Valenciennes; bei Ausbruch drang der Feind in unsere Linien ein und hielt bis an den Südrand von Valenciennes, auf Caullain und über Prescau hinaus vor. Von eigenen Panzerwagen und von Batterien des Feldartillerie-Regiments Nr. 71 besonders wirksam unterstützter Gegenangriff heftiger Regimenter im Bereich mit östlichen Kampftruppen brachte uns wieder in den Besitz der Höhen südwestlich von Caullain und des Ories Prescau. Versuche des Feindes, am Nachmittag in umfassendem Ansturm von Westen über die Schelde und vom Süden her Valenciennes zu nehmen, scheiterten. In der Nacht haben wir die Stadt ungestört vom Gegner geräumt.

Heeresgruppen Dentiger Kronprinz und Gallwitz.

Gewaltige Artilleriebeschüsse leitete Angriffe ein, die der Franzose und Amerikaner zur Öffnung der Aisne-Front und zwischen den Argonne und der Maas führte. Auf den Höhen westlich der Aisne zwischen La Selle und Herpy fand die Angriffe des Feindes geistert. Unsere Truppen haben hier wiederum im schweren Kampf einen vollen Erfolg über die Franzosen errungen. Westlich von La Selle konnte der Gegner in dem wirksamen Feuer bayerischer Truppen nirgends unsere Linien erreichen. Auch brandenburgische Regimenter bei und westlich von Aisne-Quentin schlugen den Feind vor ihren Linien ab. Bei Bazouge trug das Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 83 die Hauptlast des Kampfes. Im letzten Kampfschritt war es auch gestern wieder den Feind zurück. Westlich von Reconvreux schlugen panzerische, polenische und schlesische Regimenter den Feind vor ihren Linien ab. Auf den Höhen nordwestlich von Chateau Forties haben die bewährten Regimenter der 17. Infanterie- und 58. Reserve-Division auch gestern ihre Stellung gegen schwere Angriffe behauptet. Tatkräftiges Handeln des Oberleutnants von Weiss vom Grenadier-Regiment Nr. 83 war für den Ausgang der Kämpfe von entscheidendem Einfluß.

Die Höhe südwestlich von Jeugency machte mehrfach den Gegner. Auch erfolgreichem Gegenangriff blieb er in unserer Hand. Feindtrupp von Reichel ließ der Feind bei Rantail und Aubilly zurückgehen auf das Nordufer der Aisne vor. Gegenüber warfen ihn auf das südliche Ufer zurück.

Mit starken Kräften griff der Franzose in breiter Front bei der Höhe von Bazouge sowie zwischen Aisne und südlich von Nordufer der Aisne zurück. Bei Bazouge ließ der Feind über die Aisne auf die Höhen auf südlichem Ufer vor. Versuche des Gegners, den Durchbruch auf die Ebene zu erzwingen, scheiterten. Wir beachtet ihn bei Neuville et Dan und bei Ferron an der Aisne zum Stehen. Die Heeresfront von Bazouge teilweise sehr mal wiederholten Anstürme des Gegners scheiterten meist schon vor unseren Linien. Westlich von Bazouge wurde der Feind im Gegenstoß wieder zurückgeworfen. In Galaise an der Aisne sah er Fuß. Zwischen der Aisne und Grandpre wiesen wir die feindlichen Angriffe vor unseren Linien ab. Der Franzose hat somit auch auf dieser Angriffsfront trotz harten Kräfteinsatzes nur bei Bazouge und bei Galaise unbedeutenden Geländegewinn erzielt können.

Auf der zehn Kilometer breiten Angriffsfront zwischen Lorraine und Galaise waren am Abend unsere Linien wieder voll in unserer Hand. In der erfolgreichen Abwehr des Feindes haben Württemberger und Bayern, Regimenter der Garde, aus Hannover und Westfalen, thüringische und lothringische Regimenter, sowie Maschinengewehr- und Schützengewehr-Abteilungen gleicher Anteil. Das Infanterie-Regiment Nr. 127 unter Oberleutnant Schwab zeichnete sich besonders aus. Auch die seit Wochen angebrannt tätigen Kraftfahrer-Truppen trugen durch rechtzeitiges Heranführen der Reserve zu dem erfolgreichen Ausgang der gesamten Schlacht bei.

Zwischen der Aisne und der Maas gelang es den in schmalen Angriffsfronten angeordneten amerikanischen Divisionen, in unsere Stellungen zwischen Champigneulle und Vincennes einzudringen und beiderseits von Bazouville über unsere Artillerie-Linien hinaus Boden zu gewinnen. Versuche des Gegners, von Bazouville aus unsere Front in Richtung auf Theuregues und auf Sonan aufzubrechen, wurden vereitelt. Mit Einbruch der Dunkelheit kam der Kampf in der Linie Champigneulle-Girzy — östlich von Bazouge — südlich von Billers demant Dun — nordöstlich von Vincennes zum Stehen.

Der Erste Generalquartiermeister Groener.

III. Großes Hauptquartier, 3. Novbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern nahmen wir die noch an der Aisne stehenden Truppen in Anschlag an unsere neue Front an der Schelde auf dem Westufer der Aisne zurück. Gestern bestand hier keine Gefechtsstellung mit dem Gegner. Nordöstlich von Dudenarde und bei Tournai wurden Teilangriffe des Feindes abgewehrt. Bei und südlich von Valenciennes fehlte der Engländer seine erfolglosen Angriffe fort. In Vorwärtsschritten brühte er uns auf Caullain und schickte sich wieder in Prescau fort. Billers Pol wurde gegen mehrfachen Angriff gehalten. Erneute, am Nachmittag östlich von Valenciennes geführte Angriffe scheiterten. Das Infanterie-Regiment Nr. 24 unter den Hauptleuten von Brandas und Haupt und Batterien des Feldartillerie-Regiments Nr. 44 zeichneten sich besonders aus. Westlich von Valenciennes wiesen wir Teilangriffe des Gegners ab. Wo der Feind einbrach, warfen ihn Nachschutruppen wieder hinaus.

Heeresgruppen Dentiger Kronprinz und Gallwitz.

Westlich von Gailly blieb ein Teilangriff des Gegners ohne Erfolg.

Der Einbruch der Amerikaner westlich der Maas veranlaßte uns, die Front zwischen der Aisne und Champigneulle zurückzunehmen. In Linie Quatre Champes — Bazouge entwickelten sich gestern Vorkämpfe. Westlich der Maas legten die Amerikaner ihre Angriffe fort. Sie haben bei Tailly und über Billers demant Dun etwas Boden gewonnen; im übrigen wurde sie abgewiesen. Heftige Vorkämpfe westlich der Aisne.

Der Erste Generalquartiermeister Groener.

Berlin, 3. November, abends. (Amtlich.)

Vorkämpfe vor unseren neuen Linien zwischen der Aisne und Maas. In den übrigen Fronten keine größeren Kampfhandlungen.

Ein Erlass Wilhelms II.

Berlin, 2. November. (Amtlich.) Der Kaiser hat bei dem Inkrafttreten der Verfassungsänderungen folgenden Erlass an den Reichskanzler gerichtet: Eurer Großherzoglichen Hoheit lasse ich in der Anlage den Mir zur Ausfertigung vorgelegten Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsverfassung und der Gesetze, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, vom 17. März 1878 zur alsbaldigen Veröffentlichung wiederzugeben. Ich habe den Wunsch, bei diesem für die weitere Geschichte des deutschen Volkes so bedeutungsvollen Schritt zum Ausdruck zu bringen, was mich bewegt, vorbereitet durch eine Reihe von Regierungsgesetzen, tritt jetzt eine neue Ordnung in Kraft, welche grundlegende Rechte von der Person des Kaisers auf das Volk überträgt. Damit wird eine Periode abgeschlossen, die vor der Augen künftiger Geschlechter in Ehren bestehen wird. Trotz aller Kämpfe zwischen überkommenen Gewalten und emporstrebenden Kräften hat sie unserer Völkern jene gewaltige Entwicklung ermöglicht, die sich in den wunderbaren Leistungen dieses Krieges unvergänglich offenbart. In den fürchterlichen Stürmen der vier Kriegsjahre aber fand alte Formen zerbrochen, nicht um Trümmer zu hinterlassen, sondern um neuen Lebensgehaltungen Platz zu machen. Nach den Vollbringungen dieser Zeit hat das deutsche Volk den Anspruch, daß ihm kein Recht vorenthalten wird, das eine freie und glückliche Zukunft verbürgt. Dieser Überzeugung verbanden die jetzt vom Reichstag vorgenommenen und erweiterten Vorlagen der Verbündeten Regierung ihre Entstehung. Ich aber trete diesen Beschließen der Volksvertretung mit meinem hohen Verbinden bei, in dem festen Willen, was an Mir liegt, an ihrer vollen Auswirkung mitzuarbeiten, überzeugt, daß ich damit dem Wohle des deutschen Volkes diene. Das Kaiseramt ist Dienst am Volke.

So möge die neue Ordnung alle guten Kräfte frei machen,

deren unser Volk bedarf, um die schweren Prüfungen zu bestehen, die über das Reich verhängt sind, und um aus dem Dunkel der Gegenwart mit festem Schritt eine helle Zukunft zu gewinnen.

Berlin, den 28. Oktober 1918.

gez. Wilhelm II. R.

gez. Max Prinz von Baden.

Dieser Erlass ändert nichts an der Stellung der Sozialdemokratie zur Kaiserfrage.

Eine amtliche Erklärung.

Der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ geht eine amtliche Erklärung zu, die sich mit den gegen die Berliner russische Botenschaft erhobenen Angriffen und mit der Stellungnahme der deutschen Regierung in der Angelegenheit der Ermordung des Grafen Mirbach befaßt. In der Erklärung heißt es: Die Behauptung der Blätter über die Einfuhr von Waffen und Geldern zu Revolutionszwecken durch die russische Vertretung gründet sich lediglich auf Verlautbarung entsprechende Absichten in russischen Blättern. Das sind jedoch keine Beweise, um daraufhin ein Einschreiten gegen eine durch das Völkerrecht geschützte Vertretung zu begründen. Das die deutsche Regierung, wenn sie ein solches Einschreiten vornimmt, hat, sich nicht etwa von Sympathien für die bolschewistische Regierung leiten ließ, wie ein Blatt zu bemerken für gut

findet, ist wohl selbstverständlich. Die deutsche Regierung hat...

Ein feindlicher Fliegerangriff auf Bonn erfolgte am 31. Oktober, 27 Tote und 35 Schwerverletzte sind leider zu verzeichnen.

Bayern sichert seine Grenzen. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Bayern...

Die Provinz Deutsch-Böhmen. Landeshauptmannstellvertreter Abgeordneter Seliger...

Abstimmung über die polnische Westgrenze. Zu dem Thema der polnischen Gebietsforderungen...

Die Polen amnestieren das Fürstentum Teschen. M.B. Toppau, 2. November. Dem Landespräsidenten...

Kämpfe zwischen Polen und Ukrainern. Die Warschauer Zeitungen bringen ausserordentliche Berichte...

Eine Entente-Armee soll durch Oesterreich marschieren. Fiume und andere Häfen sind von Amerikanern besetzt...

Die Slowaken wollen sich nach einem Beschluß dem tschecho-slowakischen Staate anschließen.

Die Lage in der Bukowina. In Czernowitz wählte die rumänische Bevölkerung den Nationalrat...

Geeres-Entlassungen in Frankreich. Wie die Blätter melden, wurden in Frankreich die Jahrgänge...

Für eine serbisch-montenegrinische Republik mit dem serbischen Kronfolger als Präsidenten...

Uns Südböhmen und den Nachbargebieten. Montag, 4. November.

Einschränkung der Zigarettenherstellung. Eine Bekanntmachung des Reichszollens ordnet ab 1. November 1918...

Der amtliche Kriegsbericht.

M.B. Großes Hauptquartier, 4. Novbr. (Amtlich.) Westlicher Kriegsjahraplag. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz und Gallwitz. Zwischen Maas und Mosel lebte die Artillerietätigkeit am Abend auf.

Der Erste Generalquartiermeister. Gröner.

Reichstag und Regierung

sind einig in dem festen Willen, die Kriegsanleihe-Gezeichneten gegenüber dem Reiches Ehrenpflicht zu erfüllen...

Letzten im Transport der Rohstoffe aus Bulgarien und der Türkei eingetreten sind. Mit der nunmehr angeordneten Rückführung...

Das Aufbewahren des Bucheckernöles. Das Öl der Bucheckern hält, was Güte anbetrifft, etwa die Wage zwischen mittlerem und gutem Weindl.

Die Silbermünzen wieder im Verkehr. Wie der 'Woll. Jg.' von maßgebender Stelle mitgeteilt wird...

Die neue Reichsbanknote zu 50 Mark ist auf einem Papier hergestellt, das ein natürliches Wasserzeichen enthält.

Ein 'bunter Ernst Albert-Abend' füllte gestern den Marimortaal bis auf den letzten Platz.

Die Volkstüche verabschiedete im Monat Oktober 1918 30642 Portionen.

Stadttheater Lübeck. Infolge Erkrankung im Personal findet die bereits angelegte Vorstellung 'Othello' nicht statt.

Gestohlene Gartenmöbel. In der Nacht zum 31. Oktober sind aus einem Vorgarten bei der Wasserleitung...

Entwendeter Feuerhahn. Aus einem verriegelten Kasten bei Schuppen 2 der Handelskammer ist ein Feuerhahn...

Stadelndorf. Ermittelt und festgenommen wurde ein Hausdieb aus Goslar...

Stadelndorf. Ermittelt und festgenommen wurde ein stielungsloses Dienstmädchen...

Stadelndorf. Die Parteizersplitterer an der Arbeit. Am gestrigen Sonntag fand hier eine Volksversammlung statt...

Güstrow. Ein vaterländischer Arbeiterverein. Hier tagte am Donnerstag der 'Förderungsausschuss' der vaterländischen Arbeitervereine...

Rostock. Die Hamstereien des alldeutschen Durchhalters Landgerichtsrat Dr. Joerges.

Harburg. Ein tödlicher Unfall ereignete sich Sonnabend auf dem Anschlagelise der Vereinigten Gummiwarenfabrik Harburg-Wien.

Verantwortlich für die Rubrik 'Uns Südböhmen und den Nachbargebieten' und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löw, 10...



Weihnachten

Friede auf Erden

und mit ihm wird wieder ungetrübt die Freude einziehen. — Fröhliche Kinderherzen werden dankbar jubelnd unterm Tannenbaum sich der Gaben freuen, die treue Liebe ihnen gesendet — wie einst vor Jahren!

Das Holstenhaus

brachte auch jetzt wieder, wie alljährlich, Spielwaren zur Ausstellung und entsprechend dem Aufschwung, den dieses schöne Kaufhaus gerade im letzten Jahre nahm, in einer Auswahl, die größer als je zuvor.

Unsere

Spielwaren = Ausstellung

bietet in zwei Stockwerken alles was ein Kinderherz erfreut, vom einfachsten 10 Pfg. Artikel bis zum kostbaren Modell-Spielzeug sehr preiswert!

Holstenhaus

G.m.b.H. Lübeck

Schöner Verkauf von Zwiebeln.

Berichtigung!

Im dem Fajerat vom Sonnabend muß es heißen: Die Marke Nr. 99 und nicht 100. Städt. Obst- und Gemüsehalle.

Der Verkauf der restlichen geschlachteten Gänse findet am Dienstag dem 5. Noobr. vormittags 9 Uhr auf dem Schlachthofe statt. Preis Mk. 36.— für die Schlachthof-Verwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.

Am Mittwoch, 30. Oktober, starb unser Mitglied, die Kollegin

Meta Wilms.

Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 6. November, nachmittags 1 1/4 Uhr, auf dem Bornorter Friedhofe statt.

5443 Die Ortsverwaltung.

Visitenkarten

Druckerei Fr. Meyer & Co.

Sozialdemokratisch. Verein.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, d. 6. November 1918 abends 8 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Zwischen Krieg und Frieden. Referent: Genosse W. Bromme.
2. Was erwarten wir von der Neuorientierung in Lübeck. Referent: Genosse Johs. Stelling.
3. Innere Vereinsangelegenheiten. Die Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen!

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Stadtheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19.

Dienstag, den 5. November

Martha.

Oper in 4 Akten von Fr. von Flotow. Anfang 7 Uhr. 6. Vorstellung im Dienstag-Abonnement.

Mittwoch, den 6. November

Die Straße nach Steinaych.

Eine ernsthafte Komödie in 3 Akten von Wilhelm Stücklen. Anfang 7 Uhr. 6. Vorstellung im Mittwoch-Abonnement.

zu verkaufen. Hermann Voß, Uhrmacher, Breite Straße 54 u. Harnstraße 71.

Uhren-Reparaturen. Billige Preise. Große Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.

zu verkaufen. Hermann Voß, Uhrmacher, Breite Straße 54 u. Harnstraße 71.

Das Wolffbureau im Fahrwasser der Konservativen.

Auf einen Krebschaden unseres amtlichen Pressebetriebes macht der Berner Korrespondent der „Weserzeitung“ aufmerksam, indem er die Tatsache feststellt, daß in den Reichstagsberichten, die das Wolffsche Telegraphenbureau nach dem neutralen Auslande geschickt hat, die Rede des konservativen Abgeordneten Grafen Sieheimal so lang wiedergegeben war als die Entgegnung des Staatssekretärs Gröber, während von den Reden des Fortschrittlers Müller-Meinungen und der Sozialdemokraten Landsberg und Bernstein nur einige nichtslagende Zeilen mitgeteilt wurden. Das Wolffbureau, dessen Pflicht es sein sollte, sich strengster Objektivität zu befleißigen, läßt sich also von dem Bestreben leiten, die konservativen Parteipolitik auch jetzt noch vor dem Auslande als die für Deutschland maßgebende Politik hinzustellen. Dadurch muß im Auslande der Eindruck erweckt werden, als ob sich in Deutschland überhaupt nichts geändert hat, und man braucht sich daher nicht zu wundern, wenn in der Presse der feindlichen Länder immer noch die deutsche Politik als unehelich und zweideutig angesehen wird, wodurch natürlich auch den angebahnten Friedensverhandlungen die schmerzlichen Hindernisse bereitet werden.

In einzelnen beleuchtet der schweizerische Berichterstatter des genannten Blattes die Methoden des Wolffbureaus, das auch sonst während des Krieges durch systematische Unterdrückung der Wahrheit unverantwortlich gesündigt hat, wie folgt:

„Schon ganz äußerlich tritt also hervor, daß das Wolffbureau dafür besorgt ist, die Stimme der konservativen Opposition in allererster Linie mit möglichster Ausführlichkeit dem Auslande zu unterbreiten, und zwar zum Nachteil derjenigen Redner, die auf dem Boden der jetzt vor sich gehenden Verfassungsänderungen stehen und namentlich des Regierungsvertreters selbst. Denn die Rede Grafen Siehe in keiner großen deutschen Zeitung auch nur annähernd so ausführlich wiedergegeben worden, wie in dem für die Schweiz bestimmten Wolff-Bericht, und man sollte denken, daß trotz des Raummanuels die deutschen Blätter sich für deutsche Vorgänge immer noch mehr interessieren als schweizerische Zeitungen. Nun könnte man ja annehmen, daß das Wolffbureau, indem es den Grafen Siehe so ausführlich wiedergibt, dem Auslande beweisen wollte, wie weitgehend die Neuerungen des deutschen politischen Lebens sind. Ein Vergleich der Texte zeigt aber, daß es dem Wolffbureau in erster Linie darauf ankommt, das traditionelle politische Anrecht der Konservativen in das hellste Licht zu rücken. Dann aber auch aus der Rede Gröbers, vielleicht sogar unter Entstellung des Textes, Stellen herauszufischen, die besagen sollen, daß die Veränderungen durchaus nicht so tiefgehend sind, wie es den Anschein hat. Während nämlich nach der „Frankf. Ztg.“ Gröber gesagt hat: „Die Kriegführung bleibt nach wie vor bei den Kontingenten und ihren Oberbefehlshabern. Es scheidet nur das aus, was schon bisher hier nicht hätte unter die Kommandogewalt fallen sollen, nämlich die Ernennung von Offizieren...“ hat Staatssekretär Gröber nach dem Wolffbureau gesagt: „Die Kommandogewalt im Frieden und im Kriege bleibt nach wie vor beim Kaiser.“ Dieser Satz findet sich aber auch weder in dem Bericht der „Wolffschen Zeitung“, noch in dem Bericht des „Berliner Tageblattes“, die ein viel größeres Gewicht auf die weiteren staatsmännischen Erörterungen Gröbers legen, Erörterungen, die natürlich in der sonst so kurz gefassten Wiedergabe des Wolffberichts nur andeutend sind. Nach der „Frankfurter Zeitung“ wird das persönliche Verhältnis zwischen dem Kaiser und dem König durch die Bemerkung charakterisiert: „Es sei ein Treueverhältnis, ein Herzverhältnis, das nicht von staatsrechtlichen Formulierungen abhängt. Das persönliche Verhältnis zwischen dem Offizieren und dem Monarchen werde durch die Neuorganisation nicht berührt.“ Ein Satz, der fast wörtlich außerdem noch in der kurzen Rede des Kriegsministers betont wird. Der neutrale Leser, der sowieso an Paragrafenänderungen wenig Geschmack finden dürfte, behält also als wesentliches die gewaltige Klage der konservativen Opposition im Gedächtnis und dann die beruhigende Antwort: Die Kommandogewalt bleibt nach wie vor im Frieden und Kriege beim Kaiser — und das persönliche Verhältnis

vor Offizieren und Monarch wird nicht geändert, d. h. der Eindruck, der erzielt wird, ist genau der entgegengesetzte von dem, den wir heute im Auslande anstreben müssen. Aber das es sich hier nicht um einen Zufall handelt, sondern daß ein ganz bestimmtes System vorliegt, erkennt man auch aus der sonstigen Berichterstattung des Wolffbureaus. Wir dürfen uns also gar nicht wundern, wenn man Wilson dauernd in einer Weise über Deutschland unterrichtet wird, die die Bedeutung unserer jetzigen neuen Einrichtungen entweder unterschätzt oder fälscht. Daraus tragen aber nicht die feindlichen Berichterstatter, sondern in erster Linie Wolff die Schuld, der auch sonst nicht weiß oder nicht wissen will, was der Laie der Stunde fordert. Es ist höchste Zeit, daß die Regierung im Wolffbureau zum Rechten steht und einmal nachprüft, ob die leitenden Männer dieses Bureaus überhaupt noch geeignet sind, dem veränderten politischen Bild Deutschlands Rechnung zu tragen. So wenig man verlangen kann, daß in den wenigen Wochen der Umbildung die notwendigen Veränderungen der Beamtenschaft und deren Eignung durchgeführt werden, so schleunigt muß das geschehen bei denjenigen Organen, die in erster Linie dazu berufen sind, die deutschen Vorgänge dem Auslande bekanntzugeben. Diese verantwortungsvolle Aufgabe muß Leuten anvertraut werden, die nicht nur Aufträge irgendwelcher Regierungsorgane schiebt und recht zur Ausführung bringen, sondern die selbst mit ihrer Überzeugung auf dem Boden unseres erneuerten politischen Lebens stehen; daß diese Herren vielleicht früher auch keine Überzeugung gehabt haben, macht sie nicht wertlos.“

Politische Rundschau. Deutschland.

Zur Kaiserfrage.

Die bürgerliche Presse berichtet. Genosse Scheidemann habe an den Reichskanzler eine Denkschrift gerichtet, in der die Notwendigkeit dargelegt wurde, daß der Kaiser zurücktrete. Das „Berliner Tageblatt“ meint, es habe sich nicht um eine eigentliche Denkschrift, sondern um einen Brief des Genossen Scheidemann an den Reichskanzler gehandelt. Es ist richtig, daß von Genossen Scheidemann ein derartiger Schritt unternommen wurde. Wir können hinzufügen, daß er im Einvernehmen mit den Vorständen der Partei und der Reichstagsfraktion erfolgt ist.

„Bereitschaft gegen eine Diktatur.“

Die „Münchener Post“, das Hauptorgan der bayerischen Sozialdemokratie, bringt folgende beachtenswerte Kundgebung: „Als am 1. November Münchener Blätter das Eintreffen Ludendorffs im Großen Hauptquartier brachten, ging eine ungeheure Erregung durch alle politisch interessierten Volksteile Münchens. Diese befürchteten, daß der einseitige Diktator, der den katastrophalen Zusammenbruch der deutschen äußeren und inneren Verhältnisse herbeigeführt hatte, wider auf diesen Posten berufen würde, um seine politische Schwelgereihaftigkeit von neuem anzuknüpfen. Die politischen und gewerkschaftlichen Kreise Münchens waren sofort entschlossen, jeden Versuch der Reaktion, dem deutschen Volke einen Generalsturz aufzubringen, mit einem politischen Demonstrationstreik zu beantworten. In später Stunde wurde von Berlin den noch jagenden Führern der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften gemeldet, daß die Reichsregierung, wiederum im Großen Hauptquartier abgerufen, unklar sei. Diese Meldung veranlaßte die politischen Gewerkschaftsorganisationen, von den bereits getroffenen Vorbereitungen für einen Demonstrationstreik abzusehen, weil der Zweck des Streiks durch die Berliner Meldung hinfällig geworden war.“ In Fortsetzung folgt die Kundgebung noch folgenden Schlusssatz: „Die ganze Erregung zeigt aber, daß die politischen Massen heute jede Stunde marschbereit stehen, um sich sofort den unternünftlichen und die deutsche Freiheitsbewegung hemmenden Maßnahmen mit allen ihren zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzusetzen.“

Reichsarbeitslosenversicherung.

Die die „Post“ Ztg.“ berichtet, hat der neue Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes, Genosse Bauer, am Donnerstag den Berliner Stadtrat Maß und den Stadtrat Dr. Linders-Renteln sowie Vertreter der Christlichen, Kirch-Demokratischen und

der Kreise Gewerkschaften empfangen, um mit ihnen über die Absichten der Regierung auf lokalem Gebiet in der nächsten Zeit zu sprechen. Es sei beabsichtigt, schon in der nächsten Woche eine Bundesratsverordnung über die Erwerbslosenfürsorge erlassen zu lassen. Es handelt sich dabei um die obligatorische Einführung der Arbeitslosenversicherung und zwar in der Art, daß die Gemeinden die Versicherungsbeiträge zahlen, Reich und Staat ihnen aber wesentliche Beiträge zurückzahlen. Es werden für diese Arbeitslosenversicherung von der Regierung bestimmte Richtlinien bekanntgegeben werden, an die alle Gemeinden im Deutschen Reich gebunden sind.

Eine zweite Bundesratsverordnung, die ebenfalls in der nächsten Woche herauskommen soll, wird nach derselben Quelle die Arbeitsvermittlung für das ganze Reich regeln. Die Einzelstaaten sollen berechtigt sein, gesetzliche Bestimmungen über obligatorische Arbeitsnachweise für bestimmte Wirtschaftszweige zu erlassen. Außerdem soll im Reich eine besondere Stelle eingerichtet werden, der alle Fragen der Demobilisierung unterstellt werden.

Oesterreich und Deutschland — ein Vergleich.

Das „Korrespondenzblatt“ der General-Kommission gibt einen Ueberblick über die politische Entwicklung in Deutschland, die tatsächlichen und verfassungsgemäßen in den letzten Wochen vollzogen worden ist. Was auch noch dieses zu tun übrig bleiben, dürfte doch die Reichsregierung in ihrer vierten Willkürnote mit Recht erklären, daß jetzt eine Volkregierung alle entscheidende Machtbefugnisse auch über das Militär in ihrer Hand vereinigt. Dieses Erlebnis, sagt das „Korrespondenzblatt“, sei um so höher zu bewerten, wenn man den Zerfall des Österreichisch-ungarischen Staatswesens betrachte. Dort habe der Zusammenbruch des monarchischen und bürokratischen Systems gleichzeitig zur Schwächung und Auflösung des Staates geführt: „In Deutschland ist der Reichsgedanke stark genug; er hat seine beste Stütze im Reichstag und das gibt uns die tröstliche Gewißheit, daß wir heil und ohne Verlust an Ehre und Kraft aus dieser Krise hervorgehen. Ein Friedensschluß, hinter dem die deutsche Volkregierung in ihrer geschlossenen Einheit steht, kann zwar die Machtpolitiker enttäuschen, er kann aber das Reich nicht zerstören. Deutschland wird leben, und zwar aus eigener Kraft!“

Das bayerische Kabinett Dandl

hat demissioniert, nachdem der König in einem Handschreiben an das Gesamtministerium betonte, daß die Staatsminister auch dauernd von Vertrauen des Landtages und des Volkes getragen werden sollten. Dandl ist mit der Neubildung des Ministeriums beauftragt worden.

Die bayerische Neuordnung marschiert.

Die bürgerlichen Parteien haben sich noch eines besseren besonnen. Die von den Sozialdemokraten wegen mangelnden Entgegenkommens gegenüber ihren Mindestforderungen abgebrochenen Verhandlungen über die Neuordnung sind wieder aufgenommen worden. In neuerlicher Besprechung der Fraktionen mit der Regierung ist es endlich zu einer Einigung gekommen. Nach dem getroffenen Vereinbarungen wird die Bildung der Regierung im Einvernehmen der Krone mit der Volksvertretung erfolgen. Das gegenwärtige Ministerium bietet keine Entlassung an. Drei Minister — der Justizminister, der Finanzminister und der durch seinen Neverserlaß als Gegner der Arbeiterorganisation berüchtigte Verkehrsminister — scheiden endgültig aus. Sie werden durch drei Parlamentarier (einem liberalen Landtagsabgeordneten und zwei Zentrumsabgeordneten) ersetzt. Außerdem wird das Ministerium durch drei parlamentarische Minister ohne Vorbesitz, nämlich einem Vertreter des Zentrums, dem Sozialdemokraten und der vereinigten Bauernbündler und Konservativen ergänzt. Nach erfolgter Ernennung wird in dieser Richtung eine weitere Vervollkommnung eintreten. Ferner wird die Verhältnismäßigkeitswahl durch das ganze Land eingeführt werden. Das Zentrum, das sich gegen diese gründliche Bedrohung seines Machtbereichs mit hartem Hartnäckigkeit bis aufs äußerste wehrte, hat seinen heftigen Widerstand gegen den allgemeinen Landespropaganda unter dem Zwang der Verhältnisse aufgegeben. Ebenso ist über die Umgestaltung der Reichsratskammer eine Verständigung erzielt worden. In Zukunft werden Beisitzer der Abgeordnetenkammer, wenn auch die Reichsratskammer ihnen nicht bestimmt, dennoch Gesetzesentwürfe erlangen, sofern die Abgeordnetenkammer in einer zweiten Abstimmung auf ihrer Durchführung besteht. Eine königliche Botenliste, die diese Neuerungen ankündigt, steht nahe bevor. In der kommenden Woche ist dann die große politische Aussprache im Landtage zu erwarten.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

42. Fortsetzung.

Es wurde Abend, es wurde Nacht. Er kam in jenes Viertel, das das alte Hamburg war und von dem von Monat zu Monat ein weiteres Stück abrädelte, um dem jungen Riesen Platz zu machen, der das Neue war, und ihm klauernd zu weichen.

Er tastete sich die schmalen Gassen entlang, betrat die finsternen Eingänge, die zu Stiegen führten, die so steil und so eng waren, daß man sich an einem herabhängenden Seil festhalten mußte, um sie zu erklimmen.

Dünne Räucher übergoßen mit einem bleichen Schein moderne Höfe. Man sah hier Armut, Elend und Vertiertheit. Hier jängte das Leben an, zu erwachen, dachte Behrens.

Es schlug Mitternacht, als er so müde war, daß er sich auf einer Bank am Jungfernstieg niederlassen mußte. Laufend Pfistern spiegelten und wiegten sich in dem schwarzen Wasser. Geschnitten Mädchen kamen vorüber und machten ihm Zeichen. Da stand er auf und wandte fort.

Er ging in ein großes Hotel, um ein Zimmer für die Nacht zu fordern. Doch nachdem man ihn von oben bis unten gemüht hatte, schüttelte man den Kopf und sagte: „Besetzt!“ Da löschte er wieder.

Er ging in ein zweites Hotel, wo es gar nicht vornehm war und wo man ihn schweigend aufnahm, um ihn in ein enges Zimmer mit dumpfger Luft und nicht einwandfreien Fetten zu führen. Hier legte er sich nieder und schlief sofort fest, fest ein.

Neunzehntes Kapitel.

Das Haus lag drüben hinter Altona an der Landstraße, die die Elbe entlang führte. Es war ein kleines Lustschloß und es hatte sich durch einen hohen und prunkhaften eisernen Tor von der Außenwelt hochmütig abgeschlossen. Behrens drückte an den Knopf, der an dem eisernen Tor angebracht war und wartete.

Ein Diener kam, betrachtete den alten Mann in dem unbedeutenden Anzug und vernichtete einen verschämten Armen. „Was wünschen Sie?“ fragte er barsch.

„Ich möchte bitten, bei Herrn Konrad Erichsen vorzulassen zu werden, antwortete Behrens bescheiden.

„Ihre Karte?“

„Ich habe keine Karte, junger Freund. Werden Sie nur meinen Namen: Behrens.“

„Ich will sehen,“ sagte unwirsch der Diener und kehrte um, während Behrens weiter vor dem Tore wartete, was ihm

indessen nicht anzusehen schien, denn er sah heiter und zufrieden aus.

Nach kaum zwei Minuten kam der Diener zurück, und er ging nicht, sondern er lief, war sehr rot und machte vor Behrens eine tiefe Verbeugung. „Der Herr Konrad läßt sehr bitten!“

Behrens stieg die treppchenbegleitete Treppe hinauf, von dem Diener mit ehrfurchtsvoller Höflichkeit geleitet, der ihm stumm die Tür zu einem Zimmer öffnete und sich nun zum zweiten Mal verneigte.

Behrens trat ein. Ein alter Herr trat ihm entgegen, ein Bild vollkommener Vornehmheit, weißbärtig, mit dünnem, silbernem Haar, mit Bewegungen, dessen Gemessenheit eine tausendfältige Erfahrung verriet.

Er kam ihm entgegen und reichte ihm die Hand. „Willkommen!“ sagte er einfach, und doch hatte diese Einfachheit eine besondere Bedeutung, die mit Worten zu erklären anscheinend nicht mehr nötig war.

Behrens drückte fest diese Hand, ja, er umklammerte sie geradezu, so, als werde es ihm schwer, sie wieder fahren zu lassen. „Ich danke Ihnen, Herr Konrad,“ sagte er weich. „Ja, ich habe Ihnen viel zu danken.“

Der Konrad fuhr mit seiner gepflegten Hand durch die Luft und löschte die gehörten Worte aus. „Was haben Sie mir zu danken, lieber Freund? Daß ich Ihre Vermögen verwalte habe? Es verwaltete sich selbst. Daß ich Ihre Briefe aus dem Gefängnis gelassen habe? Sie waren mir eine tiefe Freude... Ich bewundere Sie, Sie sind der einzige Mensch, vor dem ich eine unbegrenzte Hochachtung habe.“

„Ich bin hier,“ erklärte Behrens, „um Sie zu bitten, mir einen kurzen Einblick in den Stand meiner Verhältnisse zu geben. Denn ich reise bald wieder fort.“

Der Konrad nickte kurz, als verstehe er im norther in alles, was der andere ihm zu sagen habe. Er nahm ein Blatt Papier vom Schreibtisch und reichte es Behrens. „Ich habe alles vorherrechnet,“ sagte er freundlich. „Auf dem Papier steht knapp alles verzeichnet, was Sie wissen müssen. Alle Ihre Mittel können sofort flüssig gemacht werden. Sie sind sehr reich.“

„Bitte, nennen Sie mir Zahlen,“ sagte Behrens. Der Konrad summte die Ärmel seiner beiden Hände gegen die Tischplatte. Er sprach knapp und betont. „Als Sie von hier fortgingen, repräsentierten die Werte, die Sie verlassen mußten, die Summe von ungefähr zwei Millionen Mark. Durch Zinsen und Zinseszinsen, sowie durch drei Erbschaften, die Ihnen inzwischen zugefallen sind, ist Ihr Vermögen — Ihr Realvermögen — die Summe nicht einsehens — auf ungefähr sieben und eine halbe Million Mark angewachsen. Sie können über jeden beliebigen Betrag sofort verfügen. Eine detaillierte Abrechnung befindet sich vor.“

„Ich danke Ihnen,“ sagte Behrens sehr ernst, „ich bin nun informiert.“

Der Konrad griff nach der Zigarrentasche auf seinem Schreibtisch. „Rauchen Sie?“ fragte er.

Behrens verneinte. „Ich habe mir all das abgewöhnt: das Rauchen, das Trinken, das Reden. Es sind dies Dinge, die das Leben nur verwirren.“

„Ich bewundere Sie,“ wiederholte der Konrad. „Sie sind der Mann, der sich untergebeut hat. Wer macht Ihnen das nach?“

„Mancher“ erwiderte Behrens, „weil er müde ist. Auch ich habe es nicht freiwillig getan, — wenigstens am Anfang nicht, nein.“

„Was haben Sie vor?“ fragte der Konrad. „Geben Sie aufges Landes?“

Behrens schien verwundert. „Warum?“

„Sie sind ein reicher, unabhängiger Mann, der sich kümmern darf, was ihm beliebt. Was hindert Sie, in die Fremde zu gehen?“

„Ich möchte Sie fragen, was mich hindert, hier zu bleiben?“

„Die Gesellschaft.“

„Es gibt keine Gesellschaft, es gibt nur Menschen. Der Weg zu ihnen ist nicht schwer.“

Der Konrad keuchte. „Sie ahnen es nicht, lieber Freund, wie ich immer er ist.“

Behrens stieg über seine dürftigen Bekleidungen hin. „Sie ahnen es nicht, wie leicht er ist und wie schwer es den Menschen bloß wird, dies zu erkennen.“

Fortsetzung folgt.

Thronfrage im Weimarer Landtag.

Im Landtag von Sachsen-Weimar forderte unser Par-
eigenschaftliche Vau dert den Rücktritt des Großherzogs. Er wies
auf dessen Unpopularität hin und führte als Beispiel an, daß der
Großherzog, als der Kirchgemeindevorstand gegen eine ohne
eine Zustimmung erfolgte Verzung eines Geistlichen Widerspruch
erhoben hatte, den Oberbürgermeister im Theater in die Hofloge
rufen ließ und ihn nicht nur in ungehöriger Weise abkanzlete,
sondern ihn auch mit Ausdrücken bedachte, die ganz unparlamentar-
isch seien und nicht wiederholt werden könnten.

Die Republik Ungarn.

In Budapest ist gestern die Republik ausgerufen
worden. Graf Karolyi soll nach dem Muster von 1848 die
Präsidentenschaft übernehmen, doch machen sich heftige Widerstände
der Arbeiterkassette gegen ihn geltend. Man beschränkt in Wien,
daß der einmal begonnene Bürgerkrieg in Ungarn nicht mehr
eingedämmt werden kann.

Graf Karolyi, der vom Nationalrat zum Ministerpräsi-
dent ernannt wurde, erhielt unter dem Druck der Lage vom
König Karl die Bestätigung als Ministerpräsident und
den Auftrag zur Bildung eines Kabinetts. Er kam diesem
Auftrag nach und leitete am 31. Oktober in die Hand des Erz-
herzogs Joseph als Vertreter des Königs den Treueid. 24 Stun-
den lang hatte es den Anschein, als wenn trotz der Revolution
das alte ungarische Staatsregime erhalten bleiben würde. Am
1. November aber mußte das Kabinett vom König die Entbin-
dung von dem eben geleisteten Treueid fordern. König Karl ge-
währte sie. Daran schloß sich ein mehrstündiger Ministerrat. Die-
ser beschloß, die Entscheidung, ob Königismus oder Republik,
einer Volksabstimmung zu überlassen. Graf Karolyi machte dem
Volke davon Mitteilung und verlas eine Proklamation, worin
es heißt, die gesamte Bevölkerung werde in 4 bis 6 Wochen in
einer Abstimmung darüber entscheiden, ob die Monarchie bleiben
solle oder ob sich die Mehrheit des Landes der republikanischen
Staatsform anschließen werde. Stürmische Zurufe bezeugten, daß
die Bevölkerung sich für die Republik entscheiden würde, für die
besonders der sozialdemokratische Minister Dr. Kunfi eintritt.
Darauf löste das neue Kabinett dem Nationalrat den Treueid.
Wieder vollzogen sich stürmische Beifallstundgebungen. Auf den
Straßen der Stadt spielten sich überall beglückte republikanische
Kundgebungen ab. In den Theatern verübten die Abgesandten des
Nationalrats, daß König Karl als letzter apostolischer König von
Ungarn das seit 1000 Jahren bestehende ungarische Königtum
aufhören würde. Das Parlament wird morgen einberufen.
Wenn es das unbefristete gleiche Wahlrecht für Männer und
Frauen sowie die sozialen Fürsorgegesetze nicht in einem Tag
ohne Debatte annimmt, werden diese Gesetze otzogeniert werden.
Inzwischen löst, nach der einleitenden Notiz, die Proklamierung
der Republik bereits erfolgt zu sein.

Die „Tägl. Rundschau“ meldet aus Wien: Die ungarische
Regierung verfügte die Zurückhaltung aller österreichischen und
reichsdeutschen Schiffe samt Ladung, darunter 20 000 Tonnen Le-
bensmittel für Deutsch-Österreich, ferner Ersatzladungen aus dem
Kaukasus und Dankschiffen aus Rumänien. Die Durchführung von
Transportmitteln wurde eingestellt, so daß für Deutschland der
Abtransport von 500 Lokomotiven und 50 000 Waggons aus
Rumänien unmöglich wird, ebenso der Rücktransport zweier deut-
scher Armeekorps, die zurzeit noch auf dem Balkan kämpfen und
den ungarischen Boden verteidigen.
Auf dem Ostbahnhof in Budapest war eine Weiterreise deut-
scher Militärpersonen unmöglich gemacht. Ein Zug mit deutschen
Soldaten, die für die Balkanfront bestimmt waren, wurde auf
dem Bahnhof entwaftet.

Aus der Partei.

Gegen die Zensur. In Mannheim hat eine stark besuchte
sozialdemokratische Vereinsversammlung sich mit den Gewalt-
maßnahmen der Zensur gegen die „Volksstimme“ beschäftigt. Nach
einem beinahe zweistündigen Referat eines Redaktionsmitgliedes,
das eine altentworfene Darstellung der ganzen Verhandlungen
mit der Zensurstelle in Karlsruhe gab und das bewies, wie
schändlich, ja manchmal geradezu unfinnig das Vorgehen der ge-
nannten Zensurstelle sich darstellte, wurde nachfolgende Resolution
einstimmig angenommen: „Die Versammlung nimmt mit Ent-
schiedenheit Kenntnis von den Maßnahmen, die von den Zensur-
behörden gegen die „Volksstimme“ ergriffen worden sind. Sie
billigt die Haltung der „Volksstimme“ in allen ihren Teilen,
sowie die Stellungnahme, die die Redaktion, in Uebereinstim-
mung mit der Pressemmission und der Geschäftsleitung, dem Vor-
gehen der Zensurbehörden gegenüber eingenommen hat, erklärt
diese für die einzig mögliche und vertraut darauf, daß die „Volks-
stimme“ auch künftig die Bahnen nicht verlassen wird, die zu neuen
Ihr Ueberzeugung, Gewissen und Verantwortungsbewußt sein
Sie erwartet, daß die Zensurbehörden nunmehr endlich die obrig-
keitsstaatliche Bevormundung und die bisherige Einengung der
Meinungsfreiheit aufgeben und jene Maßnahmen fallen lassen
werden, die mit dem Geiste der Freiheit und der Demokratie un-
vereinbar sind.“ — Scharf sprachen die Diskussionsredner sich gegen
das Gebahren der Zensur aus und drückten der Redaktion den
Dank für ihre Haltung aus.

Aus dem Gerichtssaal.

Zuchthausstrafen gegen Brotkartensfälscher. Der große Brot-
kartensfälscherprozess, der seit dem 23. September das Schwurgericht
des Landgerichts 1 in Berlin beschäftigt hatte, ist endlich
zu Ende gegangen. Es handelt sich um die Brotkartensfabrik im
Bureauhaus Börsen, von der viele tausend falsche Brot- und Fett-
karten hergestellt worden waren. Das Urteil lautet: gegen
Boiwoba auf zehn Jahre Zuchthaus, 10 500 Mk. Geld-
strafe event. noch 486 Tage Zuchthaus; gegen Alfred Sandow
auf sechs Jahre Zuchthaus, 10 500 Mk. Geldstrafe; gegen
Sebastian Kowatschowsky auf fünf Jahre Zuchthaus,
4500 Mk. Geldstrafe; gegen Friedrich Rumpf und Frau Margare-
rete Heinsdorf auf je zwei Jahre Gefängnis; gegen Richard
Schulz und Frau Ella Rumpf auf je zweieinhalb Jahre Gefäng-
nis; gegen Clara Siewers auf eineinhalb Jahre, gegen Johann
Dierks und Emil Lehner auf je ein Jahr Gefängnis und gegen
die übrigen Angeklagten auf Gefängnisstrafen bis herab zu vier
Monaten.

Aus Nah und Fern.

Schweres Eisenbahnunglück in Brooklyn. Auf der Unter-
grundbahn in Brooklyn entgleiste im Tunnel ein Zug, wodurch
85 Personen getötet und fast 200 verletzt wurden. Der Zug
führte 900 Passagiere. Es spielten sich schreckliche Szenen ab.
Viele wurden unter den Trümmern, die Feuer fingen, bearaben.
Das Unglück wird der Unerfahrenheit des während des Streiks
verwendeten Zugführers zugeschrieben.

Theater und Musik.

Eine Frau Webefind-Matinee hatte gestern mittag ein ziem-
lich zahlreiches Publikum in das Stadttheater geführt. Friedrich
Ruhauer, der Dramaturg und Regisseur unseres Schauspielers,
hielt einleitend einen kurzen Vortrag, in dem er in eindringlicher
Weise zeigte, wie Webefinds Streben nach Wahrhaftigkeit den
heftigsten Widerstand bei der Gesellschaft finden mußte, deren Ge-
schmack verflacht und deren Moral verlogen sei. Dann las Ruhauer
die von echter Sittlichkeit durchwärmten Betrachtungen
Webefinds über „Erotik“ und einige von dessen Dichtungen witz-
voll vor. Manchmal, so besonders beim Vortrag des wund-
ervollen „Thalers“, sprach er zu leise, um immer ganz verständ-
lich zu sein. Sehr hübsch, allerdings ohne scharfe Pointierung
brachte Herr Clausen drei Lautenlieder von Webefind zu Gehör.
Den Schluß der Veranstaltung bildete die Aufführung der „Theo-
dizee“, wie er da Stück bezeichnet, „Die Zensur“, in dessen
Mittelpunkt Webefind seinen eigenen nervenaufpörschenden Kampf
mit der Zensur um das Drama „Frühlings Erwachen“ stellt, das
diese Woche hier zur Wiedergabe gelangt. Scharfsinnig und
geistvoll vertritt Webefind seinen Standpunkt, nicht vor den sich
daraus ergebenden Konsequenzen zurückschreckend. Die Mitwirkenden,
Karl Heidmann (der den Schriftsteller Buridan auch in
der Maske Webefinds gab), Rolf Ziegler (als scharfschar-
terisierender geistlicher Zensurhilfe) und Eva Cron (als Ge-
liebte des Dichters) waren mit Eifer und Erfolg bei der Sache.
Man darf somit die ganz Veranstaltung als wohl gelungen, wert-
voll und anregend bezeichnen. P. L.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Danksagung.
Für die vielen Beweise innigster
Teilnahme und reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung unserer
lieben Tochter u. Schwester lösen
wir allen Verwandten und Be-
kanten. Herrn Pastor Denker
für die trostreichen Worte, der
Redaktion und dem rechnischen
Personal der Firma Fr. Meyer
& Co., der 3. Klasse der Marien-
Waldenschule u. der Jungendliga
unser herzlichsten Dank. (5437)
Friedrich Schneck u. Frau.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herz-
licher Teilnahme u. reichen Kranz-
spenden, sowie all denen, die
unserer innigstgeliebten einzigen
Tochter Erna die letzte Ehre er-
wieien. Herrn Pastor Linde für
seine herabwendenden Worte un-
sern tiefgefühlten Dank. (5440)
Johannes Petersen u. Frau.

zu kaufen gesucht (5425)
Hausstandsstücken, Knochen,
Eisen, Papier, Zeitungen,
zu höchstem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Wallenboffstr. 25.
Telephon 2480.
Zeitschriften aller Art.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Kronenstr. 46.

**SCHUHREPARATUR-
WERKZEUG**
sowie Ersatzteile jeder Art
empfehlen
C. Grimm Nachf.
Lederhandlung.
5432

Achtung! Achtung!
Kaufe Händig jedes Quantum
Schlachtkaninchen
von 5 Pfd. an, lebend oder ge-
schlachtet, mit und ohne Fell.
Ferner Geflügel und Ziegen.
Aufkäufe gesucht.
Ernst Mitzlak, Königstr. 88.
Fernsprecher 2123. (5444)

Haasa-Theater.
Montag abend 7 Uhr:
Hannigehittanzen
Dienstag:
Polenblut.
Mittwoch: (5445)
Hanni geht tanzen.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.
e. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlungen
finden statt für unsere Mitglieder der Warenabgabestelle
Klosterhof: am Montag, 4. November, abends
8 Uhr bei Herrn Gastwirt Stamer,
Kronsforder Allee 49a.
Hüxtertor: am Dienstag, 5. November, abends
8 Uhr b. Herrn Gastwirt G. Ehlers,
Hüxstr. 110.
St. Lorenz Süd: am Freitag, 8. November,
abends 8 Uhr im Restaurant
„Himmelsleiter“, Margarethenstr.
Kronsforder Allee: am Donnerstag, d. 7. No-
vember, abends 8 Uhr, bei
Herrn Gastwirt Stamer,
Kronsforder Allee 49a.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Geschäftsbericht.
2. Antrag auf Erhöhung der Geschäftsanteile.
3. Wahl zum Genossenschaftsrat.
Die wichtige Tagesordnung erfordert zahlreiches
Erscheinen der Mitglieder und deren Frauen.
Der Vorstand.



Die Dame
welche Wert auf elegante, sowie
praktische Kleidung legt, wird stets
meine groß angelegte
Damen-Konfektion
zu ihrer
Modeberatungsstelle
erwählen.
Eigene Werkstätten
für Maßanfertigung.

RUDOLPH KARSTADT
LÜBECK